



Focus

Sacharow-Preisträger im Gespräch

Ob in China oder im Sudan, in Kuba oder islamischen Ländern – unter bestimmten Umständen gehört viel Mut dazu, für Redefreiheit und andere grundlegende Menschenrechte einzutreten. Im Dezember kamen in Straßburg Menschen zusammen, die in den letzten 20 Jahren mit dem Sacharow-Preis des Europäischen Parlaments für eben diesen Mut ausgezeichnet wurden. Manch einem wurde die Anwesenheit verwehrt, aber ihre Stimme war und ist trotzdem zu vernehmen. Lesen Sie, was sie zu sagen haben.

Lesen Sie hier die Interviews mit dem Kubaner Oswaldo Payá, dem Sudanesen Salih Osman, der Bangladeschi Taslima Nasreen und dem Chinesen Wei Jingsheng, die wir im Dezember geführt haben. Weitere Interviews veröffentlichen wir in Kürze.

Oswaldo Payá: Ein friedlicher Wandel in Kuba ist möglich

„Die Kubaner können nicht und wollen nicht ohne Freiheit leben“, sagte Oswaldo Payá, als er 2002 den Sacharow-Preis für sein *Proyecto Varela* erhielt. Ist die Freiheit für die Kubaner seitdem ein Stück näher gerückt? Payá ist hoffnungsvoll, obgleich die kubanischen Behörden ihm die Ausreise – und damit die Teilnahme am Sacharow-Preis-Jubiläum – verweigert haben. Wir sprachen mit Payá telefonisch.

Herr Payá, was macht ihr Projekt Varela, für das sie vor sechs Jahren mit dem Sacharow-Preis ausgezeichnet wurden??

In den letzten zwei Jahren haben die Kubaner die Tür Richtung Zukunft geöffnet und hinausgeschaut, in der Hoffnung, dass der Wandel möglich ist. Aber ihnen wurde die Tür vor der Nase zugeschlagen. Denn die Antwort der Regierung ist, dass es keine Politik der Öffnung, keinen Wandel hin zu mehr Bürgerrechten geben wird, dass die Machthabenden ihre totalitäre Macht und ihre Privilegien behalten werden.

Aber das Projekt Varela ist eine Bürgerpetition an die Nationalversammlung, die von dem Verfassungsrecht gebraucht macht, wonach 10.000 Bürger ein Gesetzentwurf einbringen können und dass dieser dann diskutiert werden muss.

2002 haben wir 11.000 Unterschriften vorgelegt und im Jahr 2003 nochmals 25.000 Unterschriften. Und nun sammeln wir wieder Unterschriften und fordern ein Referendum über Redefreiheit, Versammlungsfreiheit, freie Wahlen und die Freilassung von Menschenrechtlern. Das *Proyecto Varela* bedeutet ist eine friedliche Alternative, es geht um Grundrechte und es ist ein Projekt von Kubanern, ohne Einmischung von außen.

Nichtsdestotrotz werden wir verfolgt, unterdrückt. Die Staatssicherheit versucht uns einzuschüchtern und bricht in Häuser ein um Unterschriftenlisten zu stehlen.

Gibt es Hoffnung?

Ja, es gibt Hoffnung. Ich glaube, dass die Regierung mit ihrer Propaganda, der Unterdrückung und der Verfolgung selbst von Bürgern, die nur versuchen ihr tägliches Brot zu verdienen, dass es ihr darum geht, die Hoffnung zu töten.

Auch dass andere Länder in Lateinamerika und in Europa die Menschenrechtsverletzungen in Kuba mit Schweigen belegen, kann die Hoffnung töten.

Aber die größte Hoffnung ist, dass die Kubaner Veränderungen wollen, friedlichen Wandel, Veränderungen in Richtung Freiheit. Wir rufen alle dazu auf, dass sie solidarisch sind und anerkennen, dass es hier 11 Millionen Menschen gibt, die sich Unterdrückung, Totalitarismus genauso wenig ausgesucht haben wie eine „ewige“ Regierung oder eine geschlossene Staatsordnung, sondern dass all dies ihnen oktroyiert wurde. Wir wollen Rechte, denn wir haben Rechte wie alle anderen Menschen auch.

Was erwarten Sie von der Europäischen Union?

Wir wünschen uns, dass die Regierungen der EU-Staaten, die Europäische Kommission, aber v.a. die Bürger, die Kirchen, Vereine und Bürgerinitiativen ihre Stimme erheben für die politischen Gefangenen in Kuba und dass sie friedliche Initiativen wie das *Proyecto Varela* politisch und moralisch unterstützen.

Einerseits hat die EU, insbesondere das Europaparlament, dem kubanischen Volk eine Stimme gegeben, einen Raum gegeben. Andererseits gibt es Länder und Strömungen in Europa, die zu verhindern suchen, dass die Menschenrechtsverletzungen in Kuba thematisiert werden, um so gute Beziehungen zur kubanischen Regierung zu ermöglichen.

Wir rufen die Künstler, die Intellektuellen, die Studenten, die Öffentlichkeit [in Europa] dazu auf, in ihrem Land die Stimme für die Kubaner zu erheben und für die Achtung der Rechte, die den Menschen in aller Welt zustehen.

Wie sehen Sie die Zukunft Kubas?

Ich glaube, dass sich die Zukunft Kubas – kurzfristig und auf längere Sicht – jetzt aktuell entscheidet. Sie hängt davon ab, ob sich jetzt ein Wandel vollzieht.

Wir glauben, dass man die kostenlose Gesundheitsversorgung und freie Bildung erhalten kann. Wir glauben, dass Kuba viele Möglichkeiten hat, dass wir eine Gesellschaft auf der Grundlage von Demokratie, sozialer Gerechtigkeit und Brüderlichkeit schaffen können.

Wir sind überzeugt, dass ein friedlicher Wandel möglich ist, dass jeder Kubaner dazu beitragen kann und das die Welt dazu beitragen sollte, nicht durch Einmischung oder Embargos, sondern durch die Forderung nach Öffnung und nach Rechten für alle Kubaner.

Wir sind zuversichtlich, dass unsere Kinder und alle Kinder auf der Welt auf einem gesünderen, grüneren Planeten werden leben können, in einer brüderlicheren und freieren Welt.

Salih Osman: Unterstützung von Bürgern aus 27 Ländern hilft uns Menschenrechtlern

Salih Osman, Sacharowpreisträger des vergangenen Jahres, appelliert im Interview mit der Euro-parl-Website an China, seine Menschenrechtspolitik im eigenen Land zu überprüfen und sich nicht länger „taub und blind“ zu stellen gegenüber dem Völkermord in Darfur. Den Vertriebenen seiner Heimatregion müsse eine Perspektive auf Rückkehr in ihre Dörfer gegeben werden. Andernfalls akzeptiere die Weltgemeinschaft stillschweigend eine „ethnische Säuberung“, so Salih Osman.

Ein Gast des Parlaments, der britische Oberrabbiner Sacks, sagte kürzlich, man brauche Mut um Hoffnung zu haben. Wie steht es um den Mut und die Zukunftshoffnung der Menschen in Darfur?

Wir sollten stets optimistisch sein. Aber die Gegenwart ist sehr frustrierend, meine Region Darfur wird von ethnischen Konflikten zerrissen.... Mehr als 4 Millionen Menschen wurden gewaltsam vertrieben, leben in Camps und können nicht in ihre Heimat zurückkehren.

Selbst in den Camps sind sie Angriffen der Dschandschawid-Reiter-Milizen und der Regierungstruppen ausgesetzt – am hellen Tage und vor den Augen der Soldaten von UNO und Afrikanischer Union.

Und der verkündete Waffenstillstand?

Es gibt schlicht keinen Stillstand der Waffen. Luftangriffe werden fortgesetzt, die Regierung lässt wahllos Dörfer, Märkte, Schulen und Brunnen bombardieren und Menschen töten. Dies passiert vor den Augen der Welt. Überlebende und die Opfer können nicht erkennen, dass die internationale Gemeinschaft etwas täte, um die Unschuldigen zu schützen.

Ohne die Hilfe der internationalen Gemeinschaft wären fünf Millionen Menschen heute nicht mehr am Leben. Aber es reicht nicht, sie in Camps zu ernähren, es geht auch um Hoffnung nachhause zurückkehren zu können. Wenn sie in den Camps bleiben müssen, dann wird eine ethnische Säuberung vollzogen. Die entvölkerten Gebiete werden jetzt von Dschandschawid aus anderen Gegenden besiedelt.

Als Sie den Sacharow-Preis vor einem Jahr erhielten, sagten Sie, dass es keinen Frieden ohne Gerechtigkeit bzw. Recht geben könne. Wie sehen Sie die Chancen für Recht und Gerechtigkeit für Darfur?

In Darfur geht es um Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Völkermord... die internationale Gemeinschaft hat nach Ruanda „nie wieder“ gesagt, aber was in Darfur passiert, ist schlimmer als in Ruanda.

Manchmal raten mir die Leute, nicht über Gerechtigkeit, Recht und Rechenschaft zu sprechen, weil es den Friedensprozess gefährde. Im Gegenteil, Recht wird die Täter stoppen. Ohne Recht errichten wir eine Kultur der Straflosigkeit, die sich bereits breit macht.

Recht und Gerechtigkeit können einen Unterschied machen. Im Gegenteil zu dem, was manche befürchteten, haben die Haftbefehlsanträge des Internationalen Strafgerichtshofes den Kontext für Friedensgespräche verbessert. Zum ersten Mal spricht die Regierung über Friedensinitiativen und eine Reform des Rechtssystems.

Hat der Sacharow-Preis für ihre Arbeit etwas verändert? Kann er den Druck auf Menschenrechtler vermindern?

Absolut, dieser Preis ist eine große Hilfe für Menschenrechtsverteidiger und kann uns tatsächlich schützen. Jeder Preisträger hat die Unterstützung der Bürger von 27 Staaten. Er wird auch Hu Jia helfen, der heute nicht teilnehmen durfte, er übt Druck auf China aus, seine Menschenrechtsstandards zu überprüfen.

China hat das Leben von Millionen von Menschen in Darfur zugrunde gerichtet, indem es Partei ergriffen hat für die sudanesisische Regierung und durch die Bombardements mit Hilfe chinesischer Kampfhubschrauber. Im UN-Sicherheitsrat hat China Resolutionen zu Darfur blockiert.

China hat heute das Monopol über unsere Rohstoffe und seine wirtschaftlichen Interessen unterminieren in Darfur die grundlegenden Menschenrechte und die Menschenwürde. China hat moralische, rechtliche und ethnische Verantwortung gegenüber der Weltgemeinschaft, aber China stellt sich taub und blind gegenüber enormen Menschenrechtsverletzungen wie Völkermord, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Darfur.

Die Menschen Darfurs, die Überlebenden, sind sehr erstaunt darüber, dass China gegen ihre Interessen handelt. Ich hoffe China überdenkt seine Politik. Die humanitäre Situation in Darfur ist so, dass die ganze Menschheit uns unterstützt – außer China.

Taslima Nasreen: Religiöser Fundamentalismus gefährdet die Pluralität des Denkens

Taslima Nasreen, Sacharow-Preisträgerin des Jahre 1994, hat für ihr Engagement gegen Fundamentalismus und für die Rechte der Frau einen hohen persönlichen Preis gezahlt. Sie musste vor andauernder Bedrohung ihres Lebens in ihrem Heimatland Bangladesch fliehen. Auch im indischen Exil war sie vor der Verfolgung durch Extremisten nicht sicher. heute lebt sie in Schweden. Wir sprachen mit ihr in Straßburg über den islamistischen Fundamentalismus, dem sich Europa ihrer Meinung nach entschlossen entgegenstellen muss.

Frau Nasreen, stellt religiöser Extremismus eine Gefahr für gewöhnliche Menschen dar?

Religiöser Extremismus ist eine große Gefahr für die Welt. Insbesondere islamistische Fundamentalisten, die die Gesellschaft in ein dunkles Zeitalter zurückführen wollen, als Frauen keinerlei Rechte hatten und als Sklavinnen, Sex-Objekte und Gebärmaschinen benutzt wurden.

Islamistische Extremisten glauben es gibt zwei Welten: eine ist das Land der Ungläubigen und die andere das Reich des Islams. Aber sie wollen das Land der Ungläubigen und damit die ganze Welt in ein Reich des Islams verwandeln. Dies ist eine große Gefahr für die Pluralität des Denkens. Sie glauben nicht an Individualität, Gruppenloyalitäten sind ein bestimmendes Merkmal von religiösem Fundamentalismus.

Wenn wir Gemäßigten sie im Namen des Multikulturalismus akzeptieren, begehen wir einen großen Fehler. Nicht alle Kulturen sind gleich, manche sind gegen Menschenrechte, Frauenrechte und Redefreiheit. Wir sollten nicht zulassen dass im Namen von Kultur gefoltert wird, denn es hat nichts mit Kultur zu tun. Wenn wir sehen, dass sich eine Kultur gegen Frauen richtet, dann sollten wir diese Kultur zurückweisen.

.... und islamischer Terrorismus?

Islamitischer Terrorismus ist eine große Gefahr, nicht nur für die islamischen Länder, sondern auch für die Länder des Westens. Wir sind nirgends sicher. Wenn wir uns diesen Fundamentalisten nicht entgegenstellen ist dies das Ende der freien Gesellschaft.

Selbst in einigen europäischen Ländern gibt es Diskussionen über die Einführung der Scharia. Europa muss säkular bleiben. Die Scharia ist frauenfeindlich und wir sollten Menschen unterstützen, die sich für Gleichberechtigung und Gerechtigkeit einsetzen und wir sollten kämpfen für die Rechte der Frau weltweit.

Wir sollten uns für die Säkularisierung muslimischer Staaten einsetzen. Wir können nicht rückwärts gehen, wir müssen nach vorne schreiten.

Sie haben persönlich einen hohen Preis für ihren Einsatz für die Menschenrechte gezahlt. Was hat der Sacharow-Preis für Sie bedeutet?

Ich habe einen hohen Preis gezahlt, weil ich mein Land verlassen musste und weil ich auch mein Nachbarland Indien verlassen musste. Der Sacharow-Preis bedeutete Anerkennung. Er hat mir geistige Stärke verliehen, mein Engagement für Frauenrechte und die Grundfreiheiten fortzusetzen. Aber er kann und konnte mir nicht ermöglichen, dort zu leben, wo ich leben möchte.

Wei Jingsheng: China ist kein normales Land

Der chinesische Dissident Wei Jingsheng wurde 1996 für mit dem Sacharow-Preis ausgezeichnet und wie auch Hu Jia, der Preisträger von 2008, konnte er den Preis nicht in Empfang nehmen, weil er aufgrund seines politischen Engagements im Gefängnis saß. Hat sich seitdem unserer Wahrnehmung Chinas vielleicht stärker verändert als das Regime?

Zwölf Jahre nachdem Sie mit dem Sacharow-Preis ausgezeichnet wurden geht der Preis wieder an einen chinesischen Dissidenten. Alles verändert sich, aber in China bleibt alles beim Alten?

Die Chinesen haben sich in diesen zwölf Jahren verändert. Als ich den Preis bekam, da glaubten viele Chinesen an die Demokratie, aber sie setzten auch noch Hoffnungen in die Kommunistische Partei Chinas. Heute glauben kaum noch Chinesen an Reformen von oben. Die chinesische Gesellschaft ist in großer Gefahr.

In China verdienen viele Menschen gutes Geld, das Land wird wohlhabender, Menschen zieht es in die Städte. Haben die Menschen die Zeit und die Energie um Leuten wie ihnen zuzuhören, Leuten die von Demokratie sprechen?

Nur eine kleine Minderheit ist wohlhabend geworden. Die große Mehrheit der Chinesen ist immer noch sehr arm. In der Vergangenheit lag den Armen nicht sehr viel an Demokratie. Aber das hat sich verändert, heute ist es ihnen ganz und gar nicht egal. Sie verstehen zunehmend, dass ihre Armut viel mit dem sozialen System Chinas zu tun hat.

Die wirtschaftliche Verflechtung zwischen dem Westen und China nimmt täglich zu, sehen sie Widersprüche im Verhalten und im Auftreten des Westens gegenüber China?

Wenn es eine Beziehung zwischen zwei normalen Partnern wäre, gäbe es kein Problem. Aber China ist ein anormales Land. In dieser Hinsicht bin ich nicht glücklich über westliche Länder, die Menschenrechte zugunsten des Handels aufgeben, insbesondere in den letzten zehn Jahren.

Die chinesische Regierung hat die Verleihung des Sacharow-Preises an Hu Jia kritisiert. Wie haben die Behörden damals auf Ihre Auszeichnung reagiert?

Ich weiß es nicht, denn ich saß im Gefängnis! Aber in den letzten Jahren hat die kommunistische Regierung Chinas oft harsch auf kritische Stimmen reagiert, nicht nur auf Hu Jia, sondern beispielsweise auch auf den Dalai Lama.

Man sieht wie empfindlich sie sind. Sie reagieren so, weil sie sich als verletzbar sehen. Seit den olympischen Spielen haben sie ihr Selbstbewusstsein eingebüßt, was verstärkt zu irrationalen Reaktionen führt.

Zum Glück haben die Menschen im Westen, obwohl die westlichen Regierungen immer noch versuchen dem Regime zu schmeicheln, auf die Tyrannei der chinesischen Machthaber reagiert. Dies übt Druck auf die Regierung aus, politische Reformen zu erwägen, oder anders gesagt: es ist eine gute Begründung für die Reformer innerhalb der KP, Reformen zu fordern.

Madres de Plaza de Mayo: Die Tränen haben wir zuhause gelassen

Während der argentinischen Militärdiktatur (1976-1983) verschwanden während eines schmutzigen Krieges gegen Oppositionelle tausende Argentinier, ohne dass je ein Angehöriger oder ein Anwalt Nachricht über den Verbleib der Verschwundenen erhielt. Die Opfer wurden entführt, gefoltert und ermordet; verscharrt, verbrannt oder ins Meer geworfen. 1977 gingen die ersten Mütter der Verschwundenen auf die Straße, sie trafen sich auf der Plaza de Mayo in Buenos Aires. Wir sprachen in Straßburg mit einer der Madres: Hebe de Bonafini.

Können Sie uns etwas über Ihre persönliche Geschichte erzählen?

Wir erzählen keine persönlichen Geschichten, weil sonst die Geschichten einzelner, jener, die am aktivsten sind, bekannter würden.

Unsere Kinder wurden von der Straße weg entführt, in der Universität, auf der Arbeit. Sie wurden geschlagen und vor unseren Augen gefoltert. Es war eine furchtbare Erfahrung, die eine große Leere hinterlassen hat, ein Loch im Körper, das niemals heilen wird.

Ich habe innerhalb von fünf Jahren meine ganze Familie verloren, alle außer meiner Tochter und meiner Mutter. Die persönlichen Geschichten sind sehr tragisch, aber sie handeln auch von der Kraft und dem geteilten Leid und dem gemeinsamen Kampf.

Die Tränen haben wir zuhause gelassen, und wir sind hinausgegangen in die Straßen, um für unsere Kinder zu streiten.

Was haben sie in diesen 32 Jahren erreicht?

Wir haben erreicht, dass die Welt aufmerksam wurde, was in Argentinien vor sich ging. Am Anfang sprach keiner davon. Wir Mütter gingen hinaus um der Welt zu erzählen was passierte.

Wir bauten ein Archiv über die Unterdrücker auf. Jede Mutter wurde zu einem Privatdetektiv. Wir haben erreicht, dass das Schlusspunktgesetz und das Befehlsnotstandsgesetz aufgehoben wurden und Gerichtsverfahren eingeleitet wurden.

Wir haben auch mit politischer Bildungsarbeit begonnen, wir haben eine Art Universität, einen Verlag, eine Bibliothek und einen Radio-Sender.

Wir haben ein Projekt, in dem Menschen sich Wohnhäuser bauen, die zuvor von Abfällen oder vom Diebstahl gelebt haben. Und wir haben Kindergärten und Schulen für sie eröffnet.

Ich denke, wir haben viel erreicht. Vor allem, dass die ganze Welt erkennen kann, dass das Leben immer über den Tod obsiegt.

Sie warfen unsere Kinder bei lebendigem Leib in den Fluss, verbrannten sie, erschossen sie, aber sie konnten nicht siegen. Denn andere junge Menschen kämpfen weiter.

Hat der Sacharow-Preis Ihnen geholfen?

Er hat uns ein Stück Schutz gegeben, uns geholfen am Leben zu bleiben und auf die Situation in Argentinien aufmerksam zu machen.

Mit dem Preisgeld konnten wir unsere erste Bücherei aufmachen und wir haben es für Bildungsarbeit und Alphabetisierung verwendet.

Gerichtsmediziner haben kürzlich bestätigt, dass die in einem ehemaligen Gefangenenlager gefundenen Knochen-Fragmente von Menschen stammen. Dies bestätigt die Zeugenaussagen von Über-

lebenden....

Es braucht keine Toten, um unsere Erfahrungen zu bestätigen. Wir wollen nicht, dass die Leichen exhumiert werden, weil sowieso nicht alle wieder gefunden werden können. Viele wurden in den Fluss geworfen oder verbrannt.

Wir nehmen auch keine finanzielle „Wiedergutmachung“ an, weil wir sagen, dass man Recht und Gerechtigkeit nicht durch Geld ersetzen kann.

Wir wollen auch keine posthumen Ehrungen etwa durch Gedenktafeln. Unsere Kinder bleiben am Leben. Wir sind Mütter aller geworden, auch der Namelosen.

Zacarias Kamwenho: Angola ist Beispiel für Verständigung und Versöhnung

Für seine Rolle in der angolanischen Friedensbewegung wurde Erzbischof Zacarias Kamwenho 2001 mit dem Sacharow-Preis ausgezeichnet. Wir haben ihn am Rande der Preisverleihung 2008 gesprochen: Wie hat der Preis seinen Einsatz für den Frieden beeinflusst und wie ist die Lage in Angola heute?

Wie ist die Situation in Angola heute?

Wir haben nun sechs Jahre lang in Frieden gelebt. Das ermöglicht es uns, die schlimmen Konsequenzen des Kriegs zu analysieren. Wir streben nach echter Aussöhnung. Diejenigen, die sich in der Vergangenheit bekämpft haben, versuchen heute, zusammenzuarbeiten. Frühere Feinde nähern sich an. Die Folgen des Friedens sind sichtbar und für diesen Frieden arbeiten wir alle.

Hat der Sacharow-Preis Ihnen bei Ihrer Friedenspolitik geholfen?

Das hat er. Nach Nelson Mandela war ich der zweite Afrikaner, der den Preis entgegennehmen durfte. Das hatte Wirkung. Nach Xanana Gusmão war ich der zweite portugiesische Muttersprachler, der den Preis entgegennehmen durfte. Auch das hatte Wirkung.

Und nicht zuletzt war ich der erste Geistliche, der Preis bekam. Das hat vielen Menschen gezeigt, dass die Meinungsfreiheit ein Wert ist, den es zu schützen gilt. Das ist die Leistung des Sacharow-Preises: Er zeigt uns, dass es Werte gibt, die wir schützen müssen.

Was ist aktuell Ihre Mission, woran arbeiten Sie?

Ich bin Vorsitzender des ökumenischen Friedensausschusses in Angola. Wir wollen Menschen in ganz Angola helfen, in Frieden zu leben. Wir halten Konferenzen, organisieren Treffen und sprechen uns für eine wirkliche Aussöhnung aus.

Der Ausschuss für wirtschaftliche Gerechtigkeit hat gut gearbeitet und die Regierung ist dankbar für unsere Recherchen, die darauf abzielen, echte soziale Gerechtigkeit zu schaffen. Denn wir wissen alle: Das ist der beste Weg, den Frieden zu stärken.

Können sich andere afrikanische Staaten den angolanischen Friedens- und Versöhnungsprozess zum Beispiel nehmen?

Ich denke schon. Als bei uns 2002 Rebellenführer Jonas Savimbi starb, wollten einige auch seine Anhänger loswerden. Doch unser Präsident sagte, jeder Angolaner habe den Frieden verdient. Es gab keine Verfolgung mehr und heute tragen alle zum Frieden bei.

Die zentralafrikanische Region der Großen Seen könnte von unserem Beispiel lernen. Ihr Krieg ähnelt dem unseren und wir waren in der Lage ihn zu überwinden. Angola ist ein positives Beispiel in Bezug auf Dialog, gegenseitiges Verständnis und Visionen.